

10 24 20 KG/KL

31.05.2010

**Bürgerinformation**

zur 12. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 2. Juni 2010, 17.00 Uhr, im Ratssaal,  
Schillerstraße 4

---

Sehr geehrte Zuhörerin  
sehr geehrter Zuhörer,

wir begrüßen Sie zur heutigen Sitzung des Stadtrates der Stadt Zweibrücken.

Es freut uns, dass Sie sich die Zeit genommen haben, das kommunalpolitische Geschehen in unserer Stadt zu verfolgen. Im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung beschäftigt sich der Stadtrat mit insgesamt 12 Tagesordnungspunkten, die auf den nachfolgenden Seiten kurz erläutert werden. An den öffentlichen Teil schließt sich ein nichtöffentlicher Teil der Sitzung an. Hier werden heute Anfragen von Ratsmitgliedern und Personalangelegenheiten behandelt.

Dem Zweibrücker Stadtrat gehören neben dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Professor Dr. Helmut Reichling, noch weitere 40 Ratsmitglieder an. Diese Zahl ist in der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz festgelegt und richtet sich nach der Einwohnerzahl der Gemeinde. Die Sitze im Zweibrücker Stadtrat sind wie folgt verteilt:

SPD	-	15 Sitze
CDU	-	11 Sitze
FDP	-	5 Sitze
FWG	-	4 Sitze
Grüne Liste	-	3 Sitze
DIE LINKE	-	2 Sitze

Im Einzelnen werden während der heutigen Sitzung im öffentlichen Teil folgende Punkte behandelt:

**Punkt 1:      **Ausbau der Talstraße (ab Hs.-Nr. 49a bzw. 54);  
Festlegung des Stadtanteils****

Die Talstraße wird von Mai bis Mitte November 2010 ausgebaut. Bei den Bauarbeiten sowie der Straßenbeleuchtungsanlage handelt es sich um Ausbaumaßnahmen im Sinne des Kommunalabgabengesetzes, für welche die Stadt Ausbaubeiträge zu erheben hat. Die betroffenen Grundstückseigentümer wurden im Rahmen einer Anliegerversammlung über die Höhe der voraussichtlich anfallenden Beiträge informiert. Heute entscheidet der Stadtrat über die Höhe des Stadtanteils für die Ausbaumaßnahmen. Bei der Festlegung des Stadtanteils ist der Anliegerverkehr zum innerörtlichen Verkehr bzw. Durchgangsverkehr ins Verhältnis zu setzen. Bei klassifizierten Straßen liegt der Stadtanteil für die Gehwege in der Regel zwischen 35 und 50 %. Die Verwaltung schlägt die Übernahme eines Stadtanteils in Höhe von 35 % vor.

**Punkt 2:      **Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;  
Aufstellung eines Bebauungsplanes BH 33 „Ehemalige Landwirtschaftsschule Jacobystraße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB****

Die Stadt Zweibrücken hat die ehemalige Landwirtschaftsschule in der Jacobystraße 47 vom Landesbetrieb Liegenschaft und Baubetreuung Rheinland-Pfalz erworben. Der Landesbetrieb hat die Gebäude einschließlich der Fundamente zwischenzeitlich abgebrochen und beseitigt. Auf dem Gelände der ehemaligen Landwirtschaftsschule soll auf ca. 5.000 m<sup>2</sup> eine Wohnbebauung mit Einzel- bzw. Doppelhäusern entstehen. Der Stadtrat entscheidet heute über die Aufstellung des Bebauungsplanes.

**Punkt 3:      **Beitritt der Stadt Zweibrücken zum Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“  
(Antrag der CDU-Fraktion vom 22.2.2010)****

Die CDU-Fraktion hat beantragt, dass die Stadt Zweibrücken dem Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“ beitreten möge. Ziel ist es, das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen zu stärken. Viele Anregungen bzw. Maßnahmen des Memorandums sind in Zweibrücken bereits umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht wie z. B. ein kommunales Seniorenbüro, der Seniorenbeauftragte, das Seniorenzentrum, der Seniorenbeirat, die Ehrenamtsbörse, der Kriminalpräventionskreis mit Arbeitskreis Senioren, das Mehrgenerationenhaus, spezifische Volkshochschulkurse u. v. m. Der Sozialausschuss, der sich mit dieser Thematik befasst hat, empfiehlt im Stadtrat zu entscheiden, dass dem Memorandum beigetreten wird und unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Zielsetzung und der verantwortlichen Einbindung des Seniorenbeirates die in Zweibrücken bestehenden Strukturen weiterentwickelt werden.

**Punkt 4:      **Anpassung des Betreuungsangebotes für Schulkinder in Mittelbach****

In Zweibrücken soll ein neuartiges Betreuungsangebot für Schulkinder im Rahmen der Privatbetreuung eingeführt werden. Die neue Angebotsform soll exemplarisch mit der städtischen Kindertagesstätte „Regenbogen“ und der „Grundschule Zweibrücken Mittelbach“ eingeführt und je nach Bedarf sukzessive an weiteren Schulstandorten im Stadtgebiet umgesetzt werden. Weiterhin wird darüber nachgedacht, das Betreuungs-

angebot an Grundschulen, die keine Ganztagschulen sind und es wohl auch aufgrund zu geringer Schülerzahlen nicht werden, über das bisher bestehende Angebot der „betreuenden Grundschule“ hinaus eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung bis 14.00 Uhr und ein warmes Mittagessen für alle Kinder, deren Eltern dies wünschen, anzubieten. Es könnte dann von einem Teilzeithort gesprochen werden. In diese Gruppen soll auch das bisherige Hortangebot der Kita integriert werden. Der Stadtrat entscheidet heute über die geplante Anpassung des Betreuungsangebotes für Schulkinder in Mittelbach.

**Punkt 5: Bildung einer Haushaltskommission**

Die SPD-Fraktion hat beantragt, eine Haushaltskommission zu bilden, die Haushaltsverbesserungen erarbeiten soll. Die Verwaltung schlägt vor, dass der Kommission der Stadtvorstand sowie Vertreter der Kämmerei und des Hauptamtes angehören sollen. Weitere Fachämter werden je nach Sachthemen hinzugezogen. Vorsitzender der Kommission ist der Finanzdezernent. Die Kommission fasst keine verbindlichen Beschlüsse, sie spricht Empfehlungen für die Haushaltsberatungen aus. Der Hauptausschuss, welcher über die Bildung der Haushaltskommissionen bereits beraten hat, empfiehlt dem Stadtrat, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen.

**Punkt 6: Benennung des Anstaltsbeirates der JVA**

Die Amtsperiode des Beirates der Justizvollzugsanstalt endet Ende Juli 2010. Der Leiter der Justizvollzugsanstalt hat den Stadtrat gebeten, geeignete Persönlichkeiten für den Beirat zu benennen. Als Mitglieder des Beirates sollen Persönlichkeiten ausgewählt werden, die Verständnis für die Aufgaben und Ziele des Strafvollzugs haben und bereit sind, bei der Eingliederung entlassener Gefangener mitzuarbeiten. Der Anstaltsbeirat besteht aus mindestens drei und höchstens sieben Mitgliedern. Alle derzeitigen Beiratsmitglieder haben spontan ihre Bereitschaft erklärt, dem Beirat auch zukünftig angehören zu wollen. Die Leitung der JVA schlägt deshalb diese Personen zur Wiederbestellung vor. Der Stadtrat entscheidet heute über die Benennung der Mitglieder für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken.

**Punkt 7: Bericht zur Genehmigung des Haushaltes durch die ADD  
(Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 19.05.2010)**

Diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Fraktion Grüne Liste zugrunde. Danach wird der Oberbürgermeister aufgefordert, gegenüber dem Stadtrat zur Genehmigung des Haushaltes 2010 durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Stellung zu beziehen. Das Schreiben der ADD soll dem Rat vorgestellt werden und die angemahnten Änderungen und Auflagen des Haushaltsplanes sollen diskutiert werden.

**Punkt 8: Beitritt zur gemeinsamen Resolution „Investitionskraft der Städte erhalten“  
(Antrag der CDU-Fraktion vom 24.05.2010)**

Diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der CDU-Fraktion zugrunde. Danach fordert die CDU, dass die Stadt der gemeinsamen Resolution „Investitionskraft der Städte erhalten“ beitrifft. Ziel ist, eine gemeinsame Position von Städten im südwestdeutschen Raum

zu beziehen, um Forderungen der kommunalen Gebietskörperschaften an Bund und Länder, zu formulieren und öffentlich zu vertreten. Forderungen dieser Resolution sind beispielsweise ein Konjunkturpaket III, die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, den Erhalt der Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Kommunen, eine höhere Beteiligung des Bundes an den Wohnkosten von Langzeitarbeitslosen, eine flexiblere Genehmigungspraxis kommunaler Haushalte und die Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

**Punkt 9:      Beteiligung der Fraktionen (Fraktionsvorsitzenden) an der Gestaltung des Programms anlässlich des Aufenthalts der Delegationen Barrie, Yorktown und Boulogne zur 600-Jahr-Feier des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken  
(Antrag der CDU-Fraktion vom 24.05.2010)**

Diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der CDU-Fraktion zugrunde, wonach diese die Beteiligung der Fraktionen bzw. Fraktionsvorsitzenden an der Gestaltung des Programms anlässlich des Aufenthaltes der Delegationen Barrie, Yorktown und Boulogne zur 600-Jahr-Feier des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken fordert.

**Punkt 10:      Ausweisung eines Nahversorgungszentrums im Rahmen des Bebauungsplanes Gewerbegebiet Niederauerbach  
(Antrag der Fraktionen FDP, SPD und Die Linke vom 25.05.2010)**

Diesem Tagesordnungspunkt liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD- und FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke zugrunde. Danach soll ein Nahversorgungszentrum im Rahmen des Bebauungsplanes Gewerbegebiet Niederauerbach ausgewiesen werden. Dabei schlagen die Fraktionen vor, wie das Problem der Verlagerung eines Einzelhandelsbetriebes innerhalb des Bebauungsplanes gelöst werden könnte.

**Punkt 11:      Über- und außerplanmäßige Ausgaben**

Der Haushaltsplan ist zwar für die Haushaltsführung verbindlich, gleichwohl kann es erforderlich werden, Änderungen im Verlauf des Haushaltsjahres vorzunehmen, um unerwarteten Mehrbelastungen oder neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen zu können. Hierfür enthält das Haushaltsrecht das Instrument der über- und außerplanmäßigen Ausgaben.

**Punkt 12:      Anfragen von Ratsmitgliedern**

Zu diesem Tagesordnungspunkt können die Ratsmitglieder Anfragen an die Verwaltung richten.

An den öffentlichen Teil schließt sich der nichtöffentliche Teil der Sitzung an.